

Äußerungen des Journalisten Stehle zum Passierscheinabkommen

30. Januar 1964

Einzelinformation Nr. 74/64 über Äußerungen des westdeutschen Journalisten *Stehle* zu den Passierscheinverhandlungen und zur Konzeption eines Pressegespräches mit Staatssekretär *Wendt*

Quelle

BStU, MfS, ZAIG 841, Bl. 6–8 (5. Expl.).

Serie

Informationen.

Verteiler

Ulbricht, Stoph – MfS: Wolf, Ablage.

Vermerk

Handschriftlich unter dem Dokumententitel: »Quelle: HA V«.

Einer zuverlässigen Quelle¹ zufolge äußerte sich der bekannte westdeutsche Journalist *Stehle*² zu einigen Fragen der weiteren Passierscheinverhandlungen.³ Über ein Gespräch mit *Bahr*⁴ teilte *Stehle* mit, dass es sowohl *Bahr* als auch *Brandt*⁵ unverständlich sei, wie die DDR vor allem in Presse und Rundfunk zu einer negativen Einschätzung des gegenwärtigen Standes der Passierscheinverhandlungen komme. *Bahr* sei nach wie vor der Meinung, dass die Verhandlungen erfolgreich sein könnten und sollten. Der Westberliner Senat sei nach wie vor an einem Erfolg interessiert.⁶

Bisher sei es jedoch in den Gesprächen zwischen Staatssekretär *Wendt*⁷ und Senatsrat *Korber*⁸ nur um die Darlegung der gegenseitigen Vorstellungen gegangen. Die Absicht der DDR, eine neue Vereinbarung auf die gleiche technische Weise wie das erste Abkommen abzuwickeln, sei, nach Ansicht des Senats, gegenwärtig und auch künftig nicht realisierbar. Es sei aber bisher noch nicht wieder zu Verhandlungen über technische Einzelfragen gekommen. Der Senat sei sofort bereit, über sogenannte technische Einzelheiten zu verhandeln.

Er habe bereits ein »Verwaltungsabkommen« mit entsprechenden Anlagen schriftlich vorbereitet, das als Verhandlungsgrundlage dienen könnte. Der Senat sei auch an einer Beschleunigung der Verhandlungen interessiert und würde, falls die DDR ebenfalls dazu bereit wäre, seinen Verhandlungspartner öfter als wöchentlich einmal zur Verfügung stellen.

Über ein Gespräch mit dem Pressesprecher des Bonner Auswärtigen Amtes *Hille*⁹ berichtete *Stehle*, es sei in der letzten Zeit zwischen der Bonner Regierung und dem Westberliner Senat in verstärktem Umfang darüber debattiert worden, ob Senatsrat *Korber* als Verhandlungspartner ausgewechselt werden soll. Senat und SPD in Westberlin seien mit *Korber* zufrieden. Das Auswärtige Amt habe jedoch Bedenken gegen ihn erhoben, wobei seine Vergangenheit als ehemaliger Bürger der DDR eine Rolle spiele.

In seinem Gespräch mit *Stehle* habe *Bahr* bestätigt, dass es Bedenken gegen *Korber* vor allem vonseiten der CDU gibt. *Bahr* vermutet dahinter Bemühungen der CDU, einen eigenen Mann als Verhandlungspartner zu lancieren. *Korber* werde jedoch von *Brandt* gestützt, der ihn als eine Art »Verhandlungsgenie« betrachte.

Hille habe darüber hinaus die Auffassung vertreten, dass auch die Bonner Regierung keinen Abbruch der Verhandlungen mit der DDR wünsche. *Erhard*¹⁰ habe sowohl ihm gegenüber als auch gegenüber Pressechef *Hase*¹¹ mehrfach geäußert, dass der »Kanal« zur DDR auf keinen Fall zugeschlüsselt werden dürfe.

Nach der Darstellung *Hilles* seien allerdings die Westmächte an einer Verzögerung der Verhandlungen interessiert. Deshalb wünsche auch *Erhard* gegenwärtig keinen Verhandlungserfolg.

Die Westmächte verlangten, dass ihnen die Westberlinfrage als Teil ihres Programms für kommende Ost-West-Verhandlungen vorbehalten bleibe. Dazu komme, dass insbesondere die französische Regierung »ihre eigene Ostpolitik«¹² betreiben wolle und deshalb nicht an Verhandlungserfolgen des Westberliner Senats oder auch der Bonner Regierung mit den sozialistischen Staaten interessiert sei. (Nach anderen Informationen ist die Regierung *Erhard* nicht nur aufgrund der Vorbehalte der Westmächte, sondern aufgrund der gleichen Motive wie die Westmächte an weiteren Verhandlungserfolgen des Senats nicht interessiert.)

Für das beabsichtigte Pressegespräch im Auftrage der Zeitschrift »Stern« mit Staatssekretär Wendt übermittelte Stehle folgende Konzeption: Das Gespräch soll »ein Porträt des Verhandlungspartners von Senatsrat Korber« zum Ergebnis haben und sich besonders auf folgende Punkte konzentrieren: biografische und persönliche Angaben (ohne Erwähnung der Zeit des Aufenthaltes in der Sowjetunion); gegenwärtige amtliche Tätigkeit mit Schwerpunkt auf kulturellen Fragen; allgemeine Unterhaltung über Fragen des Humanismus in Deutschland; allgemeine und besonders atmosphärische Eindrücke, die Staatssekretär Wendt während der Verhandlungen mit der Westberliner Seite und während seines Aufenthalts in Westberlin überhaupt gewonnen habe.

Es sollen ohne Autorisierung durch Staatssekretär Wendt keine persönlichen Zitate verwandt werden. Es würden keine Fragen über den gegenwärtigen Stand der Passierscheinverhandlungen gestellt. Das Informationsgespräch brauche nicht den Charakter eines Interviews zu haben. Nach Möglichkeit soll ein Foto von dem Gespräch aufgenommen werden. Das Gespräch soll ca. 1½ Stunden dauern.

Die Information darf im Interesse der Sicherheit der Quelle nicht publizistisch ausgewertet werden.

1

Dabei handelt es sich um GI »Gerhard« Hans-Joachim Seidowsky. Stehle sprach in diesem Sinne am 27. und am 30.1.1964 mit Seidowsky. Vgl. BStU, MfS, AIM 3654/71, T. II, Bd. 8, Bl. 43 f. u. 46 f.

2

Hansjakob Stehle, Jg. 1927, Journalist, 1958–63 für die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« als erster Korrespondent aus der Bundesrepublik in Polen, 1964–2008 Mitarbeiter der Wochenzeitung »Die Zeit« in Hamburg.

3

Zwischen der Regierung der DDR und dem Senat von Westberlin wurde erstmals am 17.12.1963 eine Vereinbarung über die Ausgabe von Passierscheinen für Bürgerinnen und Bürger mit dem ständigen Wohnsitz in Westberlin für den Besuch des Ostsektors der Stadt für den Zeitraum vom 19.12.1963 bis zum 5.1.1964 getroffen. Allerdings erlaubte das Passierscheinabkommen ihnen zwar den Besuch im Osten, den Ostberlinerinnen und Ostberlinern blieb der Weg nach Westen aber auch weiterhin versperrt. Vgl. Alisch, Steffen: Berlin ↔ Berlin. Die Verhandlungen zwischen Beauftragten des Berliner Senats und Vertretern der DDR-Regierung zu Reise- und humanitären Fragen 1961–1972. Berlin 2000 (Arbeitspapiere des Forschungsverbundes SED-Staat; 31/2000); Huhn, Eckart: Die Passierscheinvereinbarungen des Berliner Senats mit der Regierung der DDR 1963 bis 1966. Deutsch-Deutsche Verhandlungen zur Überwindung der politischen Sprachlosigkeit und der Milderung menschlicher Härten als Folge des Mauerbaus. Ludwigsfelde 2011; Kunze, Gerhard: Grenzerfahrungen. Kontakte und Verhandlungen zwischen dem Land Berlin und der DDR 1949–1989. Berlin 1999 (Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin).

4

Egon Bahr, Jg. 1922, Journalist, SPD-Politiker, 1950–60 Chefkomentator des RIAS, 1960–66 Leiter des Presse- und Informationsamtes des Berliner Senats.

5

Willy Brandt, Jg. 1913, SPD-Politiker, 1957–66 Regierender Bürgermeister von Westberlin, 1966–69 Bundesaußenminister, 1969–72 Bundeskanzler, 1964–87 Vorsitzender der SPD.

6

Zur Vermittlerrolle Stehles vgl. Münkel, Daniela: Kampagnen, Spione, geheime Kanäle. Die Stasi und Willy Brandt. Berlin ²2015 (BF informiert; 32), S. 37 f.; Kunze, Gerhard: Grenzerfahrungen. Kontakte und Verhandlungen zwischen dem Land Berlin und der DDR 1949–1989. Berlin 1999 (Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin), S. 84–91 u. 128.

7

Erich Wendt, Jg. 1902, Partei- und Staatsfunktionär, 1922 KPD, 1947 SED, 1957–65 stellv. Minister für Kultur, führte von 1963 bis 1965 für die DDR-Seite die Verhandlungen mit dem Senat über das Passierscheinabkommen.

8

Horst Korber, Jg. 1927, wurde 1963 Senatsrat in der Senatskanzlei und war von Westberliner Seite aus Unterhändler für das Passierscheinabkommen mit Ostberlin.

9

Hans-Joachim Hille, Jg. 1921, Diplomat, 1961–64 Leiter des Pressereferats des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik.

10

Ludwig Erhard, Jg. 1897, Politiker, für die CDU 1949–63 Bundesminister für Wirtschaft, 1963–66 Bundeskanzler, 1966–67 CDU-Vorsitzender.

11

Karl Günter von Hase, Jg. 1917, Diplomat, 1962–67 Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung.

Nur drei Tage nach der Aufnahme diplomatischer Beziehung Frankreichs mit der Volksrepublik China am 27.1.1964 (vgl. Information [161/64](#)) reisten zwei französische Parlamentarierdelegationen nach Ostberlin: eine Delegation des Senats unter Marcel Pellenc und eine weitere unter der Vizepräsidentin der Nationalversammlung, Jacqueline Thome-Patenôtre, die vom Leiter der außenpolitischen Kommission des Politbüros, Hermann Axen, dem stellvertretenden Staatsratsvorsitzenden Manfred Gerlach, Außenhandelsminister Julius Balkow, dem stellv. Außenminister Otto Winzer und schließlich auch von Walter Ulbricht empfangen wurde. Vgl. Wenkel, Christian: Auf der Suche nach einem »anderen Deutschland«. Das Verhältnis Frankreichs zur DDR im Spannungsfeld von Perzeption und Diplomatie. München 2014 (Studien zur Zeitgeschichte; 86), S. 337–340.